

FNB Gas - Stellungnahme

zum Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des
Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche
Vorgaben und Ergänzungen von Regelungen zum
Wasserstoff-Kernnetz

15. Mai 2023

Über FNB Gas:

Die Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber Gas e.V. (FNB Gas) mit Sitz in Berlin ist der 2012 gegründete Zusammenschluss der deutschen Fernleitungsnetzbetreiber, also der großen überregionalen und grenzüberschreitenden Gastransportunternehmen. Ein inhaltlicher Schwerpunkt der Vereinigung ist der Netzentwicklungsplan Gas, der seit 2012 durch die Fernleitungsnetzbetreiber erstellt wird. Zudem vertritt die Vereinigung ihre Mitglieder auch als Ansprechpartner gegenüber Politik, Medien und Öffentlichkeit.

Mitglieder der Vereinigung sind die Unternehmen bayernets GmbH, Fluxys TENP GmbH, Ferngas Netzgesellschaft mbH, GASCADE Gastransport GmbH, Gastransport Nord GmbH, Gasunie Deutschland Transport Services GmbH, GRTgaz Deutschland GmbH, Nowega GmbH, ONTRAS Gastransport GmbH, Open Grid Europe GmbH, terranets bw GmbH und Thyssengas GmbH. Sie betreiben zusammen ein rund 40.000 Kilometer langes Leitungsnetz.

Die Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) teilen das Ziel der Bundesregierung eines schnellen und kosteneffizienten Aufbaus der Wasserstoffinfrastruktur, die mit dem Wasserstoffmarkt wächst und in den EU-Binnenmarkt eingebettet ist. Dafür sind die größtmögliche Nutzung der bestehenden Gasinfrastruktur sowie eine vorausschauende und integrierte Netzplanung Gas/Wasserstoff und ein Regelungsrahmen, der Investitionssicherheit für Netzkunden (bezahlbare Netzentgelte und Planungssicherheit für den Einsatz von Wasserstoff) und Netzbetreiber (Risikoabsicherung) schafft, notwendig.

Die FNB begrüßen die Initiative der Bundesregierung, jetzt die regulatorischen, kartellrechtlichen und netzplanerischen Grundlagen für die Entwicklung eines effizienten und ausbaufähigen Wasserstoff-Kernnetzes zu schaffen. Die Regelungen sind ein zentraler Schritt für den Aufbau einer deutschlandweiten Wasserstoffinfrastruktur, die den Marktteilnehmern Planungs- und Investitionssicherheit bieten sollen.

Die Regelungen im Referentenentwurf sehen einen klaren politischen Auftrag für die FNB zur Entwicklung des überregionalen Wasserstoff-Kernnetzes vor, unter Berücksichtigung weiterer Infrastrukturbetreiber und weiterer Infrastrukturen, die geeignet sind, Wasserstoff (auf der Fernleitungsebene) sicher zu transportieren. Die FNB verfügen über die notwendige Expertise und sind Garanten für den schnellstmöglichen Aufbau des deutschen Wasserstoffnetzes aus überwiegend umstellbaren Leitungen und in den bestehenden privatwirtschaftlichen Strukturen. So werden nicht nur Zeit und Steuergeld gespart, sondern auch Synergien für die Schaffung und den Betrieb eines effizienten Wasserstoffnetzes genutzt.

Die EnWG-Novelle schafft die nötigen kartellrechtlichen und planungsrechtlichen Voraussetzungen dafür, dieses Wasserstoff-Kernnetz vorzulegen. Daran werden die FNB mit Hochdruck arbeiten, damit die Realisierung des Kernnetzes nach Inkrafttreten des Gesetzes noch in diesem Jahr beginnen kann.

Um eine einheitliche Anwendung insbesondere der WasserstoffNEV sowie auch der weiteren Vorgaben der §§ 28k bis 28r (neu) EnWG zu gewährleisten, sind diese Regelungen verpflichtend auf die FNB und alle weiteren Infrastrukturbetreiber, die mit Infrastruktur am Wasserstoff-Kernnetz beteiligt sind, anzuwenden. Ein Wasserstoff-Kernnetz, bei dem jeder Netzbetreiber entscheiden kann, eine Opt-In-Erklärung gemäß § 28j Abs. 3 EnWG abzugeben, so dass regulierte und nicht regulierte Netzbetreiber einen gemeinsamen Netzzugang gewährleisten müssen, erscheint uns nicht sinnvoll und nicht umsetzbar. Wir schlagen daher folgende Ergänzung in § 28j Abs. 3 S. 4 EnWG vor:

„Unternehmen, die gemäß § 28r Abs. 7 S. 4 zur Umsetzung eines Projektes des Wasserstoff-Kernnetzes verpflichtet sind, unterliegen ab dem Zeitpunkt der Genehmigung der Regulierung nach §§ 28k bis 28r.“

Anforderungen an das deutschlandweite Wasserstoff-Kernnetz

Ein deutschlandweites Wasserstoff-Kernnetz, das einen breiten Zugang zum Energieträger Wasserstoff bietet, ist das lang ersehnte Aufbruchssignal für alle Akteure entlang der Wertschöpfungskette. Es bildet die Basis dafür, dass ein liquider Wasserstoffmarkt entsteht und Deutschland seiner angestrebten Vorreiterrolle gerecht werden kann. Dafür ist es wichtig, das Wasserstoff-Kernnetz nicht zu klein zu dimensionieren, sondern von Beginn an vorausschauend und skalierbar zu planen.

Die Verteilernetzebene stützt dabei das Wasserstoffkernnetz über den Anschluss weiterer Erzeuger und Verbraucher. Sofern und soweit IPCEI-Projekte, die von Verteilernetzbetreibern (VNB) eingereicht wurden, dem überregionalen Wasserstofftransport gem. § 28r Abs. 1 EnWG-E dienen und die

weiteren Voraussetzungen nach § 28r Abs. 4 Ziffer 4 lit. a und b EnWG-E erfüllen, können Teile derartiger IPCEI-Projekte zum Wasserstoff-Kernnetz gehören. Im Übrigen werden IPCEI-Projekte, die durch VNB gestellt wurden, bei der Planung des Kernnetzes kapazitiv so berücksichtigt, dass die technische Funktionsfähigkeit des Projektes sichergestellt werden kann. Die Anbindung weiterer zukünftiger Verbraucher und Erzeuger insbesondere im Verteilernetz sollte dann im Rahmen einer gemeinsamen Netzentwicklungsplanung Gas/Wasserstoff eingebracht werden.

Ein schneller Start des Aufbaus ist wichtig, da bereits Ende der 2020er Jahre relevante Wasserstoff-Bedarfe in verschiedenen Bereichen der Industrie (Stahl, Chemie, Raffinerien) bestehen. Die FNB wollen daher, gemeinsam mit den Verteilernetzbetreibern, dem industriellen Mittelstand frühzeitig den Zugang zu Wasserstoff ermöglichen – diese Bedarfe sind auch ein wesentlicher Teil der Datengrundlage, die in den letzten Jahren und Monaten durch die FNB ermittelt wurde. Zudem gilt es, Importpunkte an das Wasserstoffnetz anzuschließen, um darüber für die in Deutschland notwendigen Wasserstoffimporte die richtigen Signale auf dem Weltmarkt für Wasserstoff zu geben. Gleichzeitig ist die Notwendigkeit der Diversifizierung der Importrouten und Schaffung von Liefersicherheit auch zwischen verschiedenen Wasserstoffquellen von Anfang an ein Erkenntnis aus dem Erdgassystem. Zudem sind aus Sicht der FNB auch für geplanten H₂-ready Gaskraftwerke, zum Beispiel in Süddeutschland, Wasserstoffleistungen im Wasserstoff-Kernnetz zu berücksichtigen. Dies umso mehr, als eine zeitnahe Umsetzung wasserstoffbasierter Stromerzeugung im aktuellen Rechtsrahmen vorgesehen ist und Mechanismen zur Ausschreibung zusätzlicher Kraftwerkskapazitäten etabliert sind. Diese Maßnahmen sind vor dem Hintergrund der ambitionierten Ausbauziele für die erneuerbaren Energien zwingend erforderlich.

Schließlich ist in der EnWG-Novelle die Rede von einem deutschlandweiten Netz. Die FNB begrüßen die Herangehensweise, von Anfang an keine Region zu vernachlässigen. Die Bundesländer haben ambitionierte Wasserstoffstrategien und relevante Bedarfe in den Regionen gemeldet, die sich mit der Beschleunigung der Entwicklung weg von den fossilen Energieträgern hin zu Wasserstoff nochmals deutlich erhöht haben.

Finanzierung

Die FNB begrüßen, dass in dem Referentenentwurf auch erste Grundsätze der Finanzierung des Kernnetzes mit aufgenommen wurden, die das bislang ungelöste Problem bei der Refinanzierung bzw. der Risikoabsicherung der Investitionen in das Wasserstoff-Kernnetz adressieren. Die Ausgestaltung des Finanzierungskonzepts ist dabei notwendige Voraussetzung für die Entwicklung und Umsetzung des Wasserstoff-Kernnetzes. Die Übernahme von Investitionsverpflichtungen seitens der FNB ist abhängig von einer wirtschaftlichen Umsetzbarkeit der Investitionsmaßnahmen, die der gesetzliche bzw. regulatorische Rahmen sicherstellen muss.

Die FNB sehen eine Lösung der Refinanzierungsproblematik im Wesentlichen auf Basis des Konzepts einer Vorfinanzierung des Wasserstoff-Kernnetzes durch die FNB verbunden mit einer staatlichen Risikoabsicherung für den Fall eines Scheiterns des Wasserstoffhochlaufes, das die Deutsche Energie-Agentur (Dena) bereits im Sommer 2022 vorgeschlagen hatte. Die Finanzierung würde ähnlich zum Erdgastransport über (zunächst gedeckelte) regulierte Netzentgelte erfolgen, deren Kalkulation grundsätzlich bereits in der bestehenden WasserstoffNEV angelegt ist und davon ausgehend weiter ausgestaltet werden kann. Aufgrund der gedeckelten Netzentgelte entstehen bei den Netzbetreibern in der Anfangsphase signifikante Mindererlöse, die auf einem Amortisationskonto gesammelt werden. Das Amortisationskonto hätte prozessual eine weitgehende Übereinstimmung mit dem

aktuellen Regulierungskonto gem. § 5 ARegV, würde indes allerdings auf deutlich längere Verrechnungszeiträume zur Anwendung gebracht. Für die Summe dieser Mindererlöse, für die die FNB finanzierungsseitig in Vorleistung gehen, würde eine staatliche Risikoabsicherung erfolgen, so dass ein langfristig wirtschaftlicher Betrieb des Wasserstoff-Kernnetzes ermöglicht wird. Die Kumulierung würde zunächst bis zum vereinbarten Stichtag der Risikoabsicherung nach dem dena-Modell (beispielsweise in 2035) stattfinden und bei entsprechend positiv eingeschätztem Verlauf des Wasserstoffhochlaufs in Deutschland einen sukzessiven Saldo-Abbau in der Zukunft erfahren. Unabhängig davon sind, wie im dena Modell vorgesehen, im Jahr 2045 Mehr- oder Mindererlöse abschließend zu verrechnen.

Auch wenn die Mindererlöse, die durch die Abweichung der Erlöse aus den gedeckelten Entgelten von den tatsächlichen jährlichen Kosten entstehen, auf dem Amortisationskonto verbucht werden, so entfaltet dieser bilanzielle Vorgang bis zum späteren Ausgleich durch den Markt oder den Staat indes keine Liquiditätswirkung bei den Netzbetreibern. Damit wird klar, dass der Netzbetreiber einen Finanzierungsbedarf hat, den er entweder mittels Eigen- oder Fremdkapital decken muss. Auch ist der erforderliche Zwischenfinanzierungsbedarf voraussichtlich langfristiger Natur, insbesondere wenn der Wasserstoffnetzbetreiber in der Markthochlaufphase nicht die vollständig gemäß Jahreskostendeckungsprinzip resultierenden zulässigen Wasserstoff-Erlöse in die Entgelte überwälzt, sondern das Entgelt bei einem gewissen geringeren, marktfähigen Entgelt deckelt. Die Gesellschafter bzw. Kapitalgeber der FNB sind bei entsprechend wirtschaftlich tragbarer Umsetzung grundsätzlich bereit, in diese signifikante finanzielle Vorleistung zu gehen. Die staatliche Absicherung dient im „worst case“ als Garantie und sorgt dafür, dass den Wasserstoffnetzbetreibern eine ausreichende und risikoadäquate Kapitalbeschaffung zur Verfügung steht.

Die aktuellen Vorschläge im Referentenentwurf adressieren bereits erste zentrale Fragen wie einheitliche Netzentgelte und die vorgesehene Deckelung der Entgelte, da ansonsten aufgrund der erst zu schaffenden Infrastruktur und der anfänglich geringen Zahl von Netznutzern (so genannte Ankerkunden) prohibitiv hohe Netzentgelte einen Markthochlauf von Wasserstoff verhindern würden. Mit Blick auf die Netzentgelte befürworten die FNB ein deutschlandweit einheitliches Netzentgelt, um allen Transportkunden von Anfang an die gleichen Zugangsbedingungen und Transportentgelte zu sichern. Zahlreiche Fragen sind aber noch ungeklärt und müssen zeitnah erarbeitet und in den Gesetzgebungsprozess eingebracht werden. Die entsprechenden Gesetzesanpassungen – insbesondere für die Absicherung der Vorleistung der FNB über ein Amortisationskonto – müssen zwingend zeitgleich zu den Beschlüssen über das Wasserstoff-Kernnetz in Kraft treten, da ansonsten die Finanzierung für den Aufbau nicht gesichert wäre und Investitionsentscheidungen durch die Fernleitungsnetzbetreiber nicht getroffen werden können.

Bezugnehmend auf § 28r Abs.3 Satz 5, letzte Alternative („oder die einen Antrag nach Absatz 4 Satz 1 Nummer 4 Buchstabe a oder b gestellt haben“), ist darauf hinzuweisen, dass zum Zeitpunkt der Antragsstellung von Förderanträgen (IPCEI) oder der Vorstellung von Projekten von gemeinsamem Interesse (PCI) noch keine Investitionsentscheidung getroffen wurde. Dieses Kriterium alleine ist daher nicht ausreichend, um eine Durchführungspflicht zu begründen und sollte gestrichen werden.

Ergänzend zum dena-Modell wäre eine zusätzliche Flankierung des Mechanismus mit einer Umlage bzw. Finanztransfers aus dem Erdgassystem möglich, wie es auch in der derzeit verhandelten Novellierung des EU-Gasmarktpakets angedacht ist. Die FNB würden eine solche Lösung begrüßen, nachdem sie bereits im Rahmen der Diskussionen über die heute gültige Übergangsregulierung die Querfinanzierung der Wasserstoffentgelte aus dem Erdgasnetz vorgeschlagen hatten. Der

Transformationsprozess der Erdgasinfrastruktur in die Wasserstoffinfrastruktur stellt aus unserer Sicht nach wie vor eine hinreichende Begründung für eine solche Querfinanzierung dar.

Integrierte Netzplanung Erdgas/ Wasserstoff

Auch wenn das Wasserstoff-Kernnetz ein erster wichtiger Schritt zu einer leistungsfähigen und sicheren Wasserstoffinfrastruktur ist, so werden die Bedarfe die Transportmöglichkeiten dieses Netzes sehr schnell übersteigen. Daher ist es wichtig, sehr zeitnah die Planungen für das Gas- und das Wasserstoffnetz in einem integrierten Netzentwicklungsplan Gas/Wasserstoff zusammenzuführen und schnellstmöglich Regelprozesse zu etablieren, um das Wasserstoff-Kernnetz weiterzuentwickeln. Die FNB hatten diesbezüglich bereits im September 2022 im Rahmen des H2-Berichtes gem. § 28p EnWG Vorschläge vorgelegt, die gemeinsam mit den Verteilernetzbetreibern erarbeitet wurden. Auch hierzu sind Änderungen im EnWG notwendig, etwa um die Schnittstellen zum Stromnetz, aber auch einen szenariobasierten Ansatz für die Wasserstoffnetzplanung vorzusehen und VNB und weitere potenzielle Wasserstoffnetzbetreiber in die H2-Netzplanung einzubeziehen.

Ansprechpartnerin:

Barbara Fischer
Geschäftsführerin
Telefon: +49 30 921023-512
Barbara.Fischer@fnb-gas.de